

Europawahlen.

Wessen EU ist das eigentlich?

Die Wahlen zum Europäischen Parlament liegen noch in weiter Ferne. Erst in vier Monaten werden in 28 Staaten mehr oder weniger viele BürgerInnen über die Zusammensetzung eines Gremiums befinden, das zwar noch lange keine umfassende legislative Befugnis hat, dessen Einfluss aber zunimmt.

Und doch hat der Wahlkampf bereits begonnen, zumindest in Deutschland, dem bevölkerungsreichsten, ökonomisch stärksten und politisch mächtigsten Staat der Europäischen Union. Am vergangenen Wochenende nominierten gleich drei Parteien ihre SpitzenkandidatInnen - die SPD, die bayerische CSU und die Alternative für Deutschland (AfD).

Doch wen interessiert das überhaupt? In Deutschland zum Beispiel sank die Beteiligung an den EU-Wahlen von 1979 bis 2009 von 66 auf 43 Prozent. Die sinkende Wahlbeteiligung fiel allerdings in eine Zeit, als kaum jemand der EU-Kommission, dem Ministerrat oder der Europäischen Zentralbank grosse Bedeutung zumass. Viele meckerten zwar über die Brüsseler Bürokratie und deren Regulierungswut im Kleinen, es gab zum Teil auch massiven Widerstand gegen die zumeist kapitalfreundlichen, neoliberalen Richtlinien, aber der direkte Einfluss der EU auf das Alltagsleben schien minimal.

Das hat sich mit der Finanzmarktkrise geändert. Seit Jahren stehen die EU und ihre Institutionen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die einen befürchten, dass sie die Kosten für die milliardenschweren Rettungspakete (zugunsten der Banken) begleichen müssen, andere leiden unter der Austeritätspolitik und den Spardiktaten in fast allen EU-Mitgliedstaaten.

Doch wem nützt die Empörung? Den Rechts-PopulistInnen vom Schlag der AfD, die mit einem Slogan hausieren geht („Mut zu Deutschland“), der auch aus dem rechtsextremen Milieu stammen könnte? Dem Französischen Front National, den Wahren Finnen, der dänischen Volkspartei, der griechischen Goldenen Morgendämmerung, der österreichischen FPÖ? Sie alle dürften mit ihrem Konzept eines „Europas der Nationen“ und der propagierten Rückkehr zur Kleinstaaterei an Stimmen gewinnen.

Ausgerechnet jene Parteien, die vor einiger Zeit noch eine „radikale Deregulierung“ (FPÖ) oder „Entstaatlichung“ (Front National) forderten, bemühen sich nun um die Opfer der neoliberalen, oft von SozialdemokratInnen vorangetriebenen Politik und polemisieren gegen „die Eliten“ - aus denen auch ihre Führungsfiguren kommen. Der AfD-Parteitag setzte beispielsweise den radikalen Marktschreier Hans-Olaf Henkel (einst IBM-Manager und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie) auf Listenplatz zwei. Die CSU wiederum betreibt seit Wochen mit einigem Erfolg eine Angstkampagne gegen die „Armutszuwanderung“ aus Südosteurop und übersieht geflissentlich die Tatsache, dass die MigrantInnen aus Rumänien und Bulgarien im Schnitt besser ausgebildet sind als deutsche Bevölkerung.

Und was tut die SPD? Ihrem Vorsitzend Sigmar Gabriel fiel am Parteitag nichts Besseres ein, als die AfD und die Partei Die Linke in denselben nationalistischen Topf zu werfen: Beide seien „Feinde Europas“. Ein Grossteil der Medien haut schon länger in diese Kerbe, nicht nur in Deutschland. Dass sie Europäische Linke mit Alexis Tsipras vom griechischen Linksbündnis Syriza überhaupt jemanden für das Amt des neuen EU-Kommissionspräsidenten vorschlägt, wird bestenfalls belächelt. Hanebüchenen Unsinn vertreten dabei jene, die einfach weitermachen wollen mit ihrem Europa von oben, seinen Geheimverträgen, seiner Abschottung, seiner Kapitaltalorientierung.

Wenn jemand die Idee eines friedlichen und demokratischen Europas retten kann, dann die Linke. Von Portugal bis Tschechien, von Griechenland bis Irland wissen ernst zu nehmende Linke PolitikerInnen, dass Bewegungen und Kampagnen, soziale Forderungen und Initiativen zu Vertragsreformen nur im EU-Rahmen möglich und dauerhaft erfolgreich sein können. Der Ko-Vorsitzende der deutschen Linkspartei hat die Verhältnisse Anfang Januar auf den Punkt gebracht. „Die Grenzen“, so Bernd Riexinger, der im Herbst 2012 in Athen gegen die Politik von Angela Merkel demonstrierte, „verlaufen nicht zwischen den Nationen und Völkern, sondern zwischen oben und unten.“

Pit Wuhrer.

WOZ, 30.1.2014.

WOZ > Europa. Wahlen. WOZ. 2014-01-30